



JHA/03/2022

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 15.06.2022, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau

Vertretung für Herrn
Maik Beermann

Frau KTA Ute Heitmüller, 31592 Stolzenau

Vertretung für Frau
Elisabeth Kurowski

Herr Mario Hotze, 31609 Balge

Herr KTA Abdel-Karim Iraki, 31582 Nienburg

Frau Jana Jüttner, 27333 Bücken

Frau Maria Köster-Bode, 31547 Rehburg-Loccum

Herr Jörg Meier, 31613 Wietzen

Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte

Frau KTA Annegret Trampe, 31603 Diepenau

Herr KTA Oliver Ziebolz, 31633 Leese

Grundmandat gem. § 4 Abs. 3 AG KJHG

Frau Jana Lipske, 27333 Bücken

Beratendes Mitglied

Frau Christine Althoff-Marx, 31582 Nienburg

Frau Erika Arndt, 31547 Rehburg-Loccum

Frau Maria Bento, 31638 Stöckse

Frau KVOR Ulrike Dehmel, Fachbereich Jugend

Frau Stefanie Lohmeyer, 31582 Nienburg

Herr Daniel Pulte, Leitung ASD

Frau Alexandra Seebode, 31582 Nienburg

Vertretung für Frau
Britta Schäfer

Frau Simone Sommerfeld, Kreisjugendpflegerin

Verwaltung

Frau Kreisrätin Kathrin Woltert
Anja Kluhsmeier,
Frau Anke Höhne, FB 36
Frau Susanne Jaretzke,

Gast

Frau Maren Janik,

- TOP 1: Genehmigung der Protokolle aus den öffentlichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vom 10.03.2022 und 29.03.2022
- TOP 2: Vorstellung der Aufgaben der Kreisjugendpflege aus dem Fachdienst Kinder und Jugend und des Kreisjugendringes
2022/096
- TOP 3: Information der Kreisjugendpflegerin zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
2022/097
- TOP 4: Änderung Satzung und Entgeltordnung Kindertagespflege
2022/099
- TOP 5: Nachtragsplanung 2022 - Fachbereich Jugend
2022/098
- TOP 6: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 7: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde



Protokoll zu TOP 1

15.06.2022

Genehmigung der Protokolle aus den öffentlichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vom 10.03.2022 und 29.03.2022

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 6 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen



Protokoll zu TOP 2

2022/096

15.06.2022

Vorstellung der Aufgaben der Kreisjugendpflege aus dem Fachdienst Kinder und Jugend und des Kreisjugendringes

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

Frau Sommerfeld (Kreisjugendpflegerin), Jana Jüttner und Maren Janik (beide Kreisjugendring) stellen sich mit Ihren Aufgaben der jeweiligen Bereiche vor. Die Präsentation wird Bestandteil des Protokolls.

Im Anschluss betont KTA Sievers, es sei ein breites Spektrum der Aufgaben und erfragt gleichzeitig, was von der Politik zur Unterstützung getan werden könne. Frau Janik (KJR) kann dieses sofort mit der Dringlichkeit der Freistellung für Ehrenamtliche beantworten. Für Kinder- und Jugendfreizeiten sind Ehrenamtliche schon zeitlich eingebunden, da wäre es sehr hilfreich diese ehrenamtliche Unterstützung mit Freistellung und Weiterführung des Gehaltes umzusetzen.

Erfreulich wäre es auch, dass die eingesparten Gelder z.B. für Kinder- und Jugendfreizeiten durch die Corona Pandemie in die Jugendarbeit fließen würden, schlägt Frau Sommerfeld vor.

Herr Meier, Vorsitzender des Kreisjugendringes, plädiert für einheitliche Förderung, die Anträge seien derart unterschiedlich und kompliziert in der Antragsstellung, da müsse es umgehend einheitliche Verfahren geben.

Vorsitzender Iraki berichtet, in Skandinavien gäbe es für Ehrenamtliche ein festgesetztes Gehalt von 1.000,00 Euro, dieses sei ein gutes Beispiel.

Herr Hotze wirft ein, problematisch sei bisher die Freistellung für Ehrenamtliche mit Einwilligung durch den Arbeitgeber. Auch dieses müsse berücksichtigt werden.

Abschließend erläutert KTA Sievers, wichtig sei auch weiterhin eine gute Vernetzung der Haupt- und Ehrenamtlichen für eine gute Zusammenarbeit.



Protokoll zu TOP 3

2022/097

15.06.2022

Information der Kreisjugendpflegerin zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

Frau Sommerfeld berichtet zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Kinder haben ein Recht auf Beteiligung in der Politik, daher sei die entscheidende Frage, was könnten gute Methoden sein, um Kinder und Jugendliche zur Beteiligung und letztlich auch für Entscheidungen in der Politik zu gewinnen.

Stadt Nienburg und die SG Uchte bieten einen Jugendrat, die formelle Form zur Beteiligung und Mitwirkung. Ebenfalls als gutes Beispiel gibt es das Parlament der Kreisjugendfeuerwehr, zur Mitgestaltung in der Politik. Die höchste Form der Beteiligung sei die Selbstorganisation betont Frau Sommerfeld. In der Planung und Umsetzung von Jugendlichen sei derzeit ein Bauwagen, da es in der Kommune Steimbke kein Jugendhaus gibt.

Ebenfalls stellt sich die Frage, was sind die Interessen von Kindern- und Jugendlichen, die Antwort sei Selbstwirksamkeit, erläutert Frau Sommerfeld.

Diesbezüglich weist Kreisjugendpflegerin Sommerfeld auf die Veranstaltung am 02.07.2022 in der VHS hin. Dort werden die Jugendlichen ihre Ergebnisse aus der Jugendkonferenz (16./17.06.2022) präsentieren.

Anmerkung: Die Veranstaltung musste aufgrund mangelnder Resonanz, (lediglich zwei Jugendliche haben zugesagt), abgesagt werden.

Vorsitzender Iraki spricht sich sehr positiv über den guten Vortrag von Kreisjugendpflegerin Sommerfeld aus. Es sei ein Vorschlag seiner Partei (Grünen) gewesen bezüglich der Beteiligung von Kinder und Jugendlichen in der Politik. Ausbaufähig seien jetzt noch weitere Jugendräte in den anderen Kommunen, nicht nur in Nienburg und Uchte.



Änderung Satzung und Entgeltordnung Kindertagespflege

Beratungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

Beratungsgang:

KVOR Dehmel kündigt den Tagesordnungspunkt an und verweist auf Frau Kluhsmeier (Fachdienstleitung FD Wirtschaftliche Hilfen und Vertretung Minderjähriger) für Fragen zur Änderung der Satzung und Entgeltordnung in der Kindertagespflege.

Die wichtigsten Änderungen zusammengefasst stellt Frau Kluhsmeier dar;

Umstellung Spitzabrechnung auf Pauschalen

Die bisherige Spitzabrechnung war sowohl für die TPP als auch für die Eltern oft nicht nachvollziehbar. Durch kurzfristige Ausfälle, unterschiedliche Betreuungszeiten etc. haben sich monatlich unterschiedliche Geldleistungen ergeben, eine Planung war nur schlecht möglich.

Durch die Umstellung auf die Pauschalen ergibt sich für die TPP eine Sicherheit, da die Zahlungen monatlich gleichbleibend sind, gleiches trifft auch auf die Kostenbeiträge der Eltern zu.

Die Umstellung von der Spitzabrechnung auf die Pauschale ist zunächst haushaltstechnisch kostenneutral, statt der bisherig zusätzlich gezahlten Ausfallpauschale bei der Spitzabrechnung erfolgen künftig durchgängige Zahlungen auch bei Ausfall der Leistung.

Zudem wird die Sachkostenpauschale auch dann weitergewährt, wenn das Kind z.B. krankheitsbedingt die Betreuung mehr als 20 Tage nicht in Anspruch nimmt. Dies könnte zu einer Kostensteigerung führen.

Übernahme von Kosten für Vor- und Nachbereitungszeiten

Die Qualität in der Kindertagespflege soll auch weiterhin gesteigert werden, in diesem Zusammenhang sollen Entwicklungsberichte, Dokumentationen etc. gefertigt werden und regelmäßig Elterngespräche stattfinden. Dies soll künftig durch die zu-

sätzliche Gewährung von 4 Stunden Vor- und Nachbereitungszeiten pro Kind und Monat honoriert werden.

Vertretungsregelung

Eine Sicherstellung der Vertretung durch den LK Nienburg hat sich als nicht umsetzbar gezeigt, hier wird künftig nur eine Unterstützung bei der Suche geleistet. Insbesondere die GTP haben hier eigene Regelungen gefunden, so dass es im Moment bei der Fachberatung zu diesem Thema sehr ruhig ist.

Übernahme Mietkosten

Bisher war die Übernahme der Mietkosten an die Vereinbarung nach der Richtlinie über die besondere Förderung der Kindertagespflege gekoppelt. Mit dem Auslaufen dieser Richtlinie wird der Anspruch für alle TPP hinterlegt.

Bedarfsanmeldungen der Eltern sind maßgeblich für den Umfang der Tagespflege

Anpassung an die Rechtsprechung und die (fehlende) Regelung des Landes Niedersachsen (s. ausführliche Begründung in der Vorlage).

Frau Klusmeier erläutert, es liegt an den Eltern den Bedarf anzumelden. Die Bedarfsvertretung sei zurzeit ausreichend.

KTA Sievers stellt den Antrag Ihrer Fraktion zur Änderung der Entgeltordnung Kindertagespflege um die Erhöhung der Sachkosten und Förderleistung jeweils um 1,- Euro.

Kreisrätin Woltert erläutert zum TOP, dass eine Verbesserung in der KTP deutlich vorgenommen wurde. Die Umstellung der Pauschale, die Vergütung von Vor- und Nachbereitungszeit sowie die Bezahlung im Krankheitsfall. Man sei der Rechtsprechung nachgekommen was nach Einschätzung der Verwaltung zu einer erhöhten Bedarfsanmeldung und damit Stundenerhöhung führen wird.

Die von der SPD-Fraktion beantragte Änderung würde eine Steigerung von ca. 600.000,- Euro bedeuten, die auch im Nachtrag zu verbuchen wären.

KTA Trampe erfragt, ob dieses in der heutigen Sitzung beschlossen werden müsse.

KVOR Dehmel erläutert, eine Änderung der Entgeltordnung muss den Kreisausschuss und den Kreistag bezüglich der Zustimmung durchlaufen, im heutigen Jugendhilfeausschuss kann zum Antrag abgestimmt werden.

KTA Ziebolz wirft ein, es bleibe bei dem Antrag und die Fraktionen benötigen Bedenkzeit.

Kreisrätin Woltert verdeutlicht, wenn der TOP von der Tagesordnung im KT genommen werde, könne die neue Entgeltordnung nicht zum 01.10.2022 in Kraft treten und dementsprechend auch nicht die neuen Vergütungsregelungen.

Der Ausschuss könnte jedoch auf eine erneute Beteiligung verzichten und die Vorlage ohne Beschlussempfehlung in den Kreisausschuss und den Kreistag geben.

Der Vorsitzende Iraki lässt darüber abstimmen, ob dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt werden könne. Der Ausschuss stimmt einstimmig bei einer Enthaltung für den Fortgang der Beratungen im Kreisausschuss und Kreistag ohne erneute Beteiligung.

Die Vorlage 2022/099 „Änderung Satzung und Entgeltordnung Kindertagespflege“ erfolgt ohne Beschlussempfehlung. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Änderung der Entgeltordnung, in den Gremien Kreisausschuss und Kreistag entschieden wird.

Beratungsergebnis zum Antrag:

8 Ja

1 Enth



Protokoll zu TOP 5

2022/098

15.06.2022

Nachtragsplanung 2022 - Fachbereich Jugend

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Nachtrag für das Jahr 2022 wird – wie vom Fachbereich Jugend vorgeschlagen – veranschlagt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVOR Dehmel erläutert zum Nachtragshaushalt, dass bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Anpassung der Geldleistung an die Kommunen beschlossen wurde.

Der Ansatz im Produkt 36210 ist im Nachtrag um 1.500.00 € (Konto 445200) zu erhöhen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes 2022 waren die Vereinbarung noch im Verhandlungsstatus und der zukünftige Stundensatz noch nicht geklärt.

Die Fallzahlen beim Produkt 36323 (gemeinsame Unterbringung von Müttern und Vätern mit ihren Kindern) sind weiter gestiegen. Vermehrt werden Müttern mit mehr als einem Kind aufgenommen. Hierdurch erhöhen sich die monatlichen Kosten. Zusätzlich greift hier auch schon das KJSG (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz). Gemäß § 19 SGB VIII besteht nun die Möglichkeit, dass beide Elternteile nach § 19 in einer Einrichtung aufgenommen werden.

Im Produkt 36338 (Heimerziehung) steigen die Ausgaben (Konto 433200) stark an. Eine Begründung sind die steigenden Fallzahlen, insbesondere die steigende Zahl der Flüchtlinge. Zusätzlich schließen sich immer mehr Einrichtungen einem Verband an und steigen auf den Tarifvertrag VPK (von TVöD-SUE) um. Aus diesem Tarif ergeben sich um ca. 20% höhere Personalkosten, die in die Entgeltberechnung einfließen. Weiterhin fordert die Heimaufsicht vermehrt eine höhere Personalausstattung in den einzelnen Gruppen der Einrichtungen. Durch diese Veränderungen und den ge-

stiegenen Sachkosten, ergeben sich bei einzelnen Einrichtungen Entgeltsteigerungen von bis zu 1.000 € pro Platz und Monat. Weiterhin werden Kinder und Jugendliche mit psychiatrischen Auffälligkeiten in stationären Einrichtungen untergebracht. Hier ist in der Regel ein zusätzliches Stundenkontingent von Nöten.



Protokoll zu TOP 6

15.06.2022

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

KTA Ziebolz erfragt, ob das Personal im Fachbereich Jugend ausreiche.

KVOR Dehmel erläutert, es werde regelmäßig eine Personalbemessung vorgenommen. Im Hinblick auf das in Kraft tretende Kinder- und Jugendstärkungsgesetz und damit erforderlichen Aufgaben muss mit einem Personalzuwachs in den nächsten Jahren gerechnet werden.

Ferner erfragt KTA Ziebolz, ob hier – ähnlich wie in der Region Hannover -im Landkreis für Pflegeeltern das Elterngeld gezahlt werde.

Frau Woltert merkt an, diese Frage wurde ihrer Erinnerung nach bereits in der letzten Legislaturperiode an den Landkreis herangetragen.

Die Region Hannover zahle Elterngeld auf freiwilliger Basis für Pflegeeltern. Sollte ein Antrag gestellt werden, kann hier schon beantwortet werden, dass ohne einen Rechtsgrund keine Leistung gezahlt werden könne.

Der Landkreis orientiere sich, - wie etliche andere leistungsverpflichtete Kommunen- mit seinen Zahlungen für die Vollzeitpflege an den Empfehlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.“ Danach werden Kosten des Sachaufwandes sowie für die Pflege und Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen monatliche Pauschalbeträge abgegolten. Der LK erhöht diese Empfehlungen noch um einen pauschalen Sonderbetrag. Darüber hinaus gewährt der LK in der sozial- bzw. sonderpädagogischen Vollzeitpflege einen weiteren pauschalen Zuschlag in Höhe von 10 % bzw. 20 % auf die Sachkosten.

KVOR Dehmel weist auf die Einladung des Fachdienstes Prävention hin. Es findet ein Fachforum Kinderschutz, im ländlichen Raum am 22.06.2022, statt. Die Einladungen wurden versandt, eine Berichterstattung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Herr Meier (Kreisjugendring) gibt, dass am 03.09.2022 stattfindende Jubiläum des Kreisjugendringes, bekannt. Es findet in der Jugendinitiative e.V. (JAM) Marklohe, Am Schiefen Berg 27 ab 16.00 Uhr, statt. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind eingeladen.



Protokoll zu TOP 7

15.06.2022

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

ohne